

Trägerorganisation für die
Berufsprüfung für Treuhänder

**Lösungsvorschläge für die
Aufgabensammlung 2013
Berufsprüfung für Treuhänder
Zulassungsprüfung**

Inhaltsverzeichnis

Fach 801	Recht Lösungsvorschlag Aufgabe 1	Seiten	3 – 23
Fach 802	Personaladministration Lösungsvorschlag Aufgabe 2	Seiten	24 – 35
Fach 803	Betriebliches Rechnungswesen Lösungsvorschlag Aufgabe 3	Seiten	36 – 46

Fach 801 Recht

Lösungsvorschlag Aufgabe 1

Eine Begründung für die Antwort sowie die Angabe eines Gesetzesartikels sind nur erforderlich, wo sie ausdrücklich verlangt werden. **Wo ein Gesetzesartikel zu nennen ist, muss das Zitat so genau wie möglich sein, z.B. Art. 24 Abs. 1 Ziff. 2 OR (für den Irrtum über die Sache) und nicht nur Art. 24 OR. Ungenaue oder unvollständige Gesetzeszitate führen zu Abzügen bei den Punkten bzw. zu keiner Punktezuteilung.** Die offiziellen Abkürzungen der Gesetze (z.B. OR, ZGB, etc.) dürfen und sollen verwendet werden.

Wird die Angabe eines oder mehrerer Gesetzesartikel verlangt, wird die Fragestellung immer das Plural verwenden (z.B. Nennen Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen), auch wenn u.U. nur eine Bestimmung von Bedeutung ist. Werden bei einer Frage mehrere Antworten verlangt, so kann eine falsche Antwort zu Punktabzügen führen. **Wo eine Begründung der Antwort verlangt wird, werden nur begründete Antworten gewertet! VIEL ERFOLG!**

Recht

Verfügbare Zeit: 90 Minuten
Max. Punktezahl: 45

Frage 1

(7.5 Punkte, 0.5 Punkt pro Teilfrage)

Welche der nachfolgenden Aussagen sind richtig, welche falsch?

	<i>Aussage</i>	<i>Richtig</i>	<i>Falsch</i>
a)	Beim Kaufvertrag unter Privatpersonen muss nicht zwingend eine Sachgewährleistung (Garantie) gewährt werden.	X	<input type="checkbox"/>
b)	Der Mietvertrag über eine Familienwohnung muss zwingend schriftlich abgeschlossen werden.	<input type="checkbox"/>	X
c)	Der Verein ist eine juristische Person.	X	<input type="checkbox"/>
d)	Ein 15-jähriger kann unter gewissen Umständen sogar ohne Zustimmung der gesetzlichen Vertreter (i.d.R. der Eltern) einen rechtsgültigen Vertrag abschliessen.	X	<input type="checkbox"/>
e)	Beim Kaufvertrag über bewegliche Sachen (Fahrnis), geht das Eigentum bei Vertragsabschluss auf den Erwerber über.	<input type="checkbox"/>	X
f)	Die Ehefrau ist im Todesfall des Ehemannes in jedem Fall pflichtteilsgeschützt.	X	<input type="checkbox"/>
g)	Die Gründung einer AG bedingt mindestens drei Gründungsmitglieder.	<input type="checkbox"/>	X
h)	Bei der Geschäftsherrenhaftung handelt es sich um eine Kausalhaftung.	X	<input type="checkbox"/>
i)	Will der Mieter einer Wohnung aus dem Mietvertrag ohne Einhaltung der Kündigungsfrist oder des Kündigungstermins ohne Kostenfolgen aussteigen, so muss er dem Vermieter mindestens drei solvente Nachmieter vorschlagen.	<input type="checkbox"/>	X

	Aussage	Richtig	Falsch
k)	Erhält man im Rahmen eines Konkursverfahrens einen Verlustschein ausgestellt, so kann die im Verlustschein festgehaltene Forderung – im Unterschied zum Verlustschein aus einer Betreibung auf Pfändung – zu einem späteren Zeitpunkt nicht wieder geltend gemacht werden.	<input type="checkbox"/>	X
l)	Die neuen Rechnungslegungsvorschriften (Buchführungsvorschriften) im OR sind am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.	X	<input type="checkbox"/>
m)	Die während der Krankheit des Arbeitnehmers ausgesprochene Kündigung ist jeweils nichtig.	X	<input type="checkbox"/>
n)	Ist der Arbeitnehmer krankheitsbedingt, unverschuldet arbeitsunfähig, so erhält er gemäss OR für bis zu 720 Tage 100% Lohn.	<input type="checkbox"/>	X
o)	Die Gesellschafteranteile an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nennt man „Stammanteile“.	X	<input type="checkbox"/>
p)	In der Firma einer Einzelunternehmung muss der Nachname des Unternehmers nur dann zwingend enthalten sein, wenn die Einzelunternehmung im Handelsregister eingetragen ist.	<input type="checkbox"/>	X

Frage 2**(7 Punkte)**

Giovanni Igolo wird am kommenden 11. Dezember 2013 heiraten. Seine Freunde planen für ihn eine Junggesellenabschiedsparty. Im Hinblick darauf hat Lorenzo, ein Freund von Giovanni, zwanzig individuell bedruckte T-Shirts bei einem Textildruckunternehmen in Auftrag gegeben. Jeder Partyteilnehmer wird dabei ein T-Shirt tragen, auf welchem auf der Vorderseite ein Foto von Giovanni und auf der Rückseite die Namen aller Ex-Freundinnen von Giovanni mit den entsprechenden Telefonnummern platziert sein werden. Die Kosten von CHF 400.00 hat Lorenzo bereits im Zeitpunkt der Bestellung bezahlt. Es wurde kein Liefertermin vereinbart.

Beantworten Sie auf den Sachverhalt bezogen die nachstehenden Fragen und geben Sie – wo ausdrücklich gefordert – die massgeblichen Gesetzesbestimmungen an.

- a) Lorenzo will von Ihnen wissen, ob er nun einen Kaufvertrag, einen Auftrag oder einen Werkvertrag abgeschlossen hat. Begründen Sie Ihre Antwort.

Es kommen sowohl der Kaufvertrag als auch der Werkvertrag in Frage. Probleme der Abgrenzung des Werkvertrages zum Kaufvertrag bestehen nicht, wenn der vertragsgemässe Gegenstand vor dem Vertragsschluss bereits hergestellt wurde, denn die Vertragstypologie gemäss Art. 363 OR (Werkvertrag) besteht gerade in der zukünftigen Herstellung eines Werkes. Ausgehend von dieser Unterscheidung der vertragstypischen Leistungen beim Werk- oder Kaufvertrag ist das ausschlaggebende Abgrenzungskriterium zwischen Werk- und Kaufvertrag das Verhältnis der Bedeutung von Arbeit und Warenlieferung. Handelt es sich bei der hergestellten Sache um ein individuelles, speziell für den Besteller angefertig-

tes Exemplar, liegt ein Werkvertrag vor. Wird die Ware serienmässig hergestellt, besteht hingegen ein Kaufvertrag.

Nach dem Gesagten liegt im vorliegenden Fall eher ein Werkvertrag vor. Die T-Shirts sind serienmässig hergestellt, aber die Individualisierung durch den Aufdruck des Fotos und der Namen überwiegt nun der Werkvertragsbestandteil des Vertrages.

=> 1.00 Punkte für die korrekte Antwort mit Begründung

Hinweis für die Korrektoren:

Auch die Antwort „Kaufvertrag“ kann bei nachvollziehbarer und guter Begründung als korrekt betrachtet werden.

- b) Erläutern Sie, unabhängig vom Sachverhalt, die Begriffe Verfalltagsgeschäft, Mahngeschäft und Fixgeschäft.

Verfalltagsgeschäft

Beim Verfalltagsgeschäft gerät der Schuldner mit Ablauf eines bestimmten Datums automatisch in Verzug. Vereinbaren die Parteien einen bestimmten Tag, bis zu welchem der Schuldner die Zahlung zu erbringen hat, liegt ein Verfalltagsgeschäft vor. Der Schuldner kommt mit Ablauf dieses Tages automatisch – will heissen ohne Mahnung – in Verzug, wenn er seine Leistung nicht erbringt.

Mahngeschäft

Beim Mahngeschäft ist der Zeitpunkt der Leistung nicht vereinbart. Der Gläubiger kann dabei die Leistung umgehend nach Vertragsabschluss verlangen. Wird auf Aufforderung („Mahnung“) hin, die Leistung nicht erbracht, befindet sich der Schuldner in Verzug.

Fixgeschäft

Beim Fixgeschäft wäre die verspätete Leistung des Schuldners für den Gläubiger nutzlos (daher kommt das praktisch nie bei Geldforderungen vor). Es muss für den Schuldner klar erkennbar sein, welche Bedeutung die rechtzeitige Erfüllung für den Gläubiger hat. Die Parteien haben mit anderen Worten klar ersichtlich vereinbart, dass die Erfüllung nur zum vereinbarten Zeitpunkt bzw. innerhalb der vereinbarten Frist erfolgen soll. Mit Ablauf des Termins ist der Schuldner automatisch in Verzug; es verhält sich also gleich wie beim Verfalltagsgeschäft.

=> 0.50 Punkte pro korrekte Erläuterung, maximal 1.50 Punkte

Hinweis für die Korrektoren:

Die Kandidaten müssen nicht so ausführlich antworten.

- c) Liegt im vorliegenden Fall (gemäss Sachverhalt) ein Mahngeschäft, ein Verfalltagsgeschäft oder ein Fixgeschäft vor? Begründen Sie stichwortartig Ihre Antwort.

Es liegt ein Mahngeschäft vor, weil gemäss Sachverhalt ausdrücklich kein Liefertermin vereinbart wurde.

=> 0.5 Punkte für korrekte Antwort mit stichwortartiger Begründung

- d) Der geplante Anlass rückt immer näher und die T-Shirts wurden immer noch nicht geliefert. Lorenzo macht sich langsam Sorgen, dass die T-Shirts bis zur Junggesellenabschiedsparty nicht geliefert werden. Als noch zehn Tage fehlen, meldet sich Lorenzo bei der Textilunternehmung mit folgender E-Mail: „Sehr geehrte Damen und Herren, vor einem Monat habe ich bei Ihnen 20 individuell gestaltete T-Shirts bestellt. Diese sind bis heute immer noch nicht geliefert worden. Ich fordere Sie hiermit auf, diese endlich zu liefern. Mit freundlichen Grüßen, Lorenzo Rossi.“ Trotz dieses E-Mails sind zwei Tage vor der Junggesellenabschiedsparty die T-Shirts immer noch nicht geliefert. Lorenzo will von Ihnen nun wissen, ob er vom Vertrag zurücktreten könne. Beantworten Sie die Frage von Lorenzo, begründen Sie Ihre Antwort und geben Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen an.

Nein, das kann er nicht. Gemäss Sachverhalt handelt es sich um ein Mahngeschäft. Der Schuldner tritt also erst mit der Aufforderung zur Lieferung in Verzug (daher der Name „Mahn“geschäft). Mit dem E-Mail ist der Schuldner also in Verzug geraten. Art. 107 OR hält fest, dass ein Rücktritt vom Vertrag bei einem Mahn- oder Verfalltagsgeschäft erst möglich ist, wenn eine angemessene Nachfrist zur Erfüllung angesetzt wurde und diese unbenutzt abgelaufen ist. Im vorliegenden Fall hat Lorenzo keine Nachfrist angesetzt, weshalb er noch nicht vom Vertrag zurücktreten kann. Art. 366 OR findet im vorliegenden Fall keine Anwendung, weil eben kein Termin vereinbart wurde.

=> 1.0 Punkte für korrekte Antwort mit Begründung

=> 0.5 Punkte für die Angabe der Gesetzesbestimmung (Art. 107 OR genügt)

- e) Angesichts der Tatsache, dass das mit den T-Shirts nicht geklappt hat, vereinbart Lorenzo mit den Teilnehmern der Junggesellenabschiedsparty, dass alle gemeinsam Giovanni, dem angehenden Ehemann, ein neues Mobiltelefon schenken und darauf bereits alle Nummern seiner Exfreundinnen als Kurzwahlnummern zu speichern. Am 30. November 2013 wird das Mobiltelefon in einem Fachgeschäft gekauft. Ein schriftlicher Vertrag wurde nicht abgeschlossen und es wurden keine Nebenabreden getroffen. An der Party vom 7. Dezember 2013 übergeben die Freunde zum Abschluss des Abends Giovanni das Mobiltelefon. Am 3. Dezember 2014 funktioniert das Mobiltelefon plötzlich und ohne Verschulden von Giovanni nicht mehr. Giovanni will nun mit dem Telefon und der Kaufquittung vom 30. November 2013 beim Fachgeschäft vorbeigehen in der Hoffnung, dass er noch seine Rechte aus dem Kaufvertrag geltend machen könne. Kann Giovanni aus dem Kaufvertrag am 3. Dezember 2014 aufgrund des defekten Mobiltelefons noch Rechte geltend machen? Begründen Sie Ihre Antwort.

Die Frage zielt darauf ab, ob die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Sachgewährleistung erfüllt sind, insbesondere die Frist der Sachgewährleistung. Der Verkäufer haftet gemäss Art. 197 ff. OR gegenüber dem Käufer für Mängel an der Kaufsache. In casu liegt ein sogenannter verdeckter Sachmangel vor (Art. 201 Abs. 3 OR); ein Mangel, welcher bei Übergabe der Kaufsache nicht erkennbar war. Der Käufer hat solche Mängel umgehend nach Entdeckung zu melden, will er seinen Anspruch auf Gewährleistung nicht verlieren. Ansprüche auf Gewährleistung beim Fahrniskauf verjähren (neu, seit 1. Januar 2013!) mit Ablauf von zwei Jahren nach Ablieferung der Kaufsache (Art. 210 Abs. 1 OR). Diese Frist kann vertraglich nicht verkürzt werden, wenn die Voraussetzungen von Art. 210 Abs. 4 OR – wie im vorliegend zu beurteilenden Fall – erfüllt sind (neuer Gegenstand, Kaufsache zum persönlichen Gebrauch und Verkäufer handelt im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit). Giovanni kann also mit dem Telefon und der Kaufquittung ins Fachgeschäft gehen, den Mangel rügen und – weil die Gewährleistungsfrist (Art. 210 Abs. 1 OR) noch nicht abgelaufen ist – kann er seine Gewährleistungsrechte gemäss Art. 205 f. OR geltend machen.

=> 1.0 Punkte für korrekte Antwort mit Begründung

Hinweis für die Korrektoren:

Die Kandidaten müssen nicht so detailliert antworten. Die Angabe einer Gesetzesbestimmung wird nicht verlangt.

- f) Variante: Das am 30. November 2013 von Lorenzo gekaufte Telefon funktioniert bereits im Februar 2014 – ohne Verschulden von Giovanni – nicht mehr (restlicher Sachverhalt analog Teilfrage e). Giovanni begibt sich mit Telefon und Quittung ins Fachgeschäft um seine Rechte aus dem Kauf geltend zu machen. Welche gesetzlichen Rechte hat er in einem solchen Fall überhaupt? Begründen Sie Ihre Antwort.

Die Voraussetzungen der Sachgewährleistung sind erfüllt. Giovanni kann gemäss Art. 205 OR Wandelung (rückgängig machen des Kaufs) oder Minderung (Kaufpreisreduktion) geltend machen. Weil der Kaufgegenstand neu, also eine Gattungssache war, kann Giovanni auch – vorausgesetzt der Gegenstand ist weiterhin erhältlich – die Ersatzlieferung gemäss Art. 206 OR geltend machen.

=> 0.50 Punkte pro korrekte Antwort mit Begründung, maximal 1.50 Punkte

Hinweis für die Korrektoren:

Die Angabe einer Gesetzesbestimmung wird nicht verlangt.

Frage 3

(2.5 Punkte)

Erläutern Sie im Zusammenhang mit einer Immobilie stichwortartig die Begriffe „Nutzniessung“ und „Wohnrecht“. Nennen Sie auch den wichtigsten Unterschied.

Das Wohnrecht nach Art. 776 ZGB ist im Gegensatz zur Miete sachenrechtlicher Natur und nicht zwingend entgeltlich. Die Nutzung ist persönlich, d.h. nur der Wohnberechtigte und nahestehende Personen dürfen als Nutzer auftreten. Anders gesagt: Die berechtigte Person darf gratis oder falls vertraglich vereinbart gegen ein Entgelt in einer Liegenschaft wohnen – in der Regel bis zum Tod.

Unterhalt und Nebenkosten sind analog des Mietverhältnisses durch den Berechtigten zu tragen. Es wird i.d.R. zwischen einer (einmaligen) Entschädigung für die Einräumung des Wohnrechtes und einer (wiederkehrenden) Entschädigung für die Rechtsausübung unterschieden. Meistens, d.h. beim Kindskauf, bei der gemischten Schenkung oder beim Erbvorbezug, werden die Entschädigung(en) kapitalisiert und tilgungsweise vom Übernahmepreis in Abzug gebracht.

Die Nutzniessung nach Art. 745 ff. ZGB berechtigt nicht nur zur physischen Nutzung, sondern gibt dem Berechtigten auch Anspruch auf den ganzen Ertrag der Immobilie. Dies bedeutet, der Nutzniessungsberechtigte kann den Vermögenswert entweder selber benützen oder vermieten, verpachten etc. Er darf den Vermögenswert aber

nicht aufbrauchen oder veräussern, d.h. er ist verpflichtet, das Nutzniessungsvermögen in seinem Bestande zu erhalten (Art. 764 Abs. 1 ZGB).

Demgegenüber trägt der Nutzniesser alle Betriebskosten der Immobilie wie Hypothekarzinsen, Unterhalts- und Reparaturkosten, Versicherungsprämien, Steuern etc. In der Entschädigungssache kann auf die Ausführungen zum Wohnrecht verwiesen werden.

Der wichtigste Unterschied besteht demnach darin, dass das Wohnrecht nicht übertragbar ist und nur persönlich ausgeübt werden darf, während die Nutzniessung hingegen erlaubt – sofern dies nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist (Art. 758 ZGB Abs. 1) –, dass die Nutzung ganz oder teilweise Dritten übertragen wird bzw. auch der Ertrag aus der Immobilie dem Nutzniessungsberechtigten zukommt.

=> 0.75 Punkte pro korrekte Erläuterung, maximal 1.5 Punkte

=> 1.0 Punkte für die Nennung des wichtigsten Unterschieds

Hinweis für die Korrektoren:

Die Kandidaten müssen nicht eine so detaillierte Definition abliefern (Stichworte genügen!). Es geht darum zu ermitteln, ob die Begriffe und der massgebliche Unterschied verstanden wurden. Die Angabe einer Gesetzesbestimmung wird nicht verlangt. Auch wird nicht verlangt, dass etwas zur Kostentragung gesagt wird.

Beim Unterschied können allenfalls auch andere Antworten mit der vollen Punktzahl oder mit einem Teil der betreffenden Punktzahl bewertet werden.

Frage 4

(4 Punkte)

Romana ist seit dem 1. Januar 2012 beim Treuhandbüro ACR AG als stellvertretende Standortleiterin für den Standort Basel tätig. Der schriftliche Arbeitsvertrag verweist betreffend Kündigungsfristen auf das Obligationenrecht. Beantworten Sie in den nachfolgenden Konstellationen jeweils, ob die Kündigung des Arbeitsvertrags gültig ist und – falls ja – per wann das Arbeitsverhältnis endet. Begründen Sie jeweils Ihre Antworten.

- a) Romana kündigt mündlich am 15. August 2013 auf den 15. Oktober 2013.

Nach Ablauf der Probezeit gilt eine Kündigungsfrist von 1 Monat im 1. Dienstjahr, von 2 Monaten ab dem 2. bis 9. Dienstjahr und anschliessend von 3 Monaten (Art. 335c Abs. 1 OR). Im vorliegenden Fall beträgt die Kündigungsfrist 2 Monate. Die Kündigung hat jeweils auf das Monatsende hin zu erfolgen (Art. 335c Abs. 1 OR) und braucht nicht schriftlich zu erfolgen.

Im vorliegenden Fall ist die Kündigung gültig, das Arbeitsverhältnis endet jedoch nicht bereits am 15. Oktober 2013, sondern am 31. Oktober 2013.

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort mit Begründung

=> 0.50 Punkte für das richtige Enddatum des Arbeitsverhältnisses

Hinweis für die Korrektoren:

Die Angabe einer Gesetzesbestimmung wird nicht verlangt. Die Begründung hat auch nicht so ausführlich zu erfolgen.

- b) Romana kündigt am 20. August 2013 schriftlich auf Ende November 2013. Vom 15. September 2013 bis zum 10. Oktober 2013 ist Romana krank und kann nicht zur Arbeit erscheinen.

Im vorliegenden Fall hat die Arbeitnehmerin auf Ende November 2013 gekündigt. In einem solchen Fall spielt eine unverschuldete Arbeitsverhinderung durch Krankheit während der Kündigungsfrist keine Rolle. Die Kündigung ist gültig und das Arbeitsverhältnis endet am 30. November 2013.

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort mit Begründung

=> 0.50 Punkte für das richtige Enddatum des Arbeitsverhältnisses

Hinweis für die Korrektoren:

Die Angabe einer Gesetzesbestimmung wird nicht verlangt. Die Begründung hat auch nicht so ausführlich zu erfolgen.

- c) Der Standortleiter des Standorts Basel ist für drei Wochen, bis zum 18. August 2013, im Militär. Romana wusste bereits Ende Juli, dass sie per Ende Oktober 2013 kündigen sollte, um auf den 1. November 2013 eine neue Arbeitsstelle in einem grösseren Treuhandbüro zu übernehmen. Fairerweise wartet sie bis zur Rückkehr ihres Vorgesetzten und teilt ihm an seinem ersten Arbeitstag nach dem WK, also am 19. August 2013, die Kündigung per Ende Oktober 2013 mündlich mit.

Gemäss Art. 336d OR darf der Arbeitnehmer nicht kündigen, wenn der Arbeitgeber oder ein Vorgesetzter wegen eines Grundes gemäss Art. 336c Abs. 1 lit. a OR (z.B. Militärdienst) an der Ausübung der Tätigkeit verhindert ist, soweit der Arbeitnehmer dessen Tätigkeiten während der Verhinderung zu übernehmen hat. Im vorliegenden Fall hat der Militärdienst des direkten Vorgesetzten von Romana – dessen Stellvertreterin sie ist – mehr als 11 Tage gedauert, weshalb für die Dauer des Militärdienstes sowie vier Wochen vorher und nachher

eine von Romana ausgesprochene Kündigung nichtig ist. Die Kündigung von Romana ist also nichtig. Sie müsste vier Wochen nach Ende des Militärdiensts des Vorgesetzten erneut eine Kündigung aussprechen.

=> 1.0 Punkte für die korrekte Antwort mit Begründung

- d) Romana hat vom 26. August 2013 bis zum 4. September 2013 Ferien, wobei sie mit Wissen der Arbeitgeberin nicht verreist. Sie wolle ihre Wohnung neu streichen und im Übrigen nur vereinzelte Tagesausflüge unternehmen, teilte sie der Arbeitgeberin vor Ferienbeginn mit. Die ACR AG kündigt ihr mit eingeschriebenem Brief am 28. August 2013 (Mittwoch, Postaufgabe) auf den nächstmöglichen Termin. Am 29. August 2013 kann die Kündigung nicht zugestellt werden, weil niemand bei Romana zu Hause ist. Der Postbote legt also eine Abholungseinladung in den Briefkasten, mit welcher der Brief ab dem 30. August 2013 bis zum 6. September 2013 am Postschalter in Empfang genommen werden kann. Romana nimmt den Brief am 5. September 2013 entgegen.

Die Kündigung ist gültig, weil Ferienabwesenheiten keine Sperrfrist auslösen. Die Kündigung wurde zwar erst am 5. September 2013 in Empfang genommen, jedoch gilt die Kündigung an jenem Tag als zugestellt, an welchem der Brief erstmals bei der Post in Empfang genommen werden kann. Im vorliegenden Fall gilt die Kündigung folglich am 30. August 2013 als zugestellt und das Arbeitsverhältnis endet am 31. Oktober 2013.

[Anders wäre es, wenn Romana für die Ferien verreist wäre. Das Bundesgericht und mit ihm die herrschende Lehre sind deshalb der Auffassung, eine Kündigung während der Ferien sei erst in dem Moment zugestellt, in dem vom Empfänger nach seiner Rückkehr die Kenntnisnahme erwartet werden könne, ausser er sei zu Hause geblieben, habe sich die Post effektiv nachsenden lassen oder sei ohne Wissen des Arbeitgebers in die Ferien verreist.]

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort mit Begründung

=> 0.50 Punkte für das richtige Enddatum des Arbeitsverhältnisses

Frage 5

(3.5 Punkte)

Peter Holzer ist Schreiner und betreibt eine Einzelunternehmung, die „Schreinerei Holzer“ in Andermatt. In den letzten Jahren wurde ein grösseres Projekt mit verschiedenen Ferienhäusern und Hotels entwickelt, welches nun realisiert wird. Ein Teil der Schreinerarbeiten wurden an die Schreinerei Holzer vergeben; es handelt sich dabei vor allem um Einbauschränke und Möbel auf Mass für die Hotels. Das Bauvolumen aller Immobilien beträgt mehrere Millionen Franken. Peter Holzer hat auf eine Anzahlung von 40% seines Auftragsvolumens bestanden. Diese Anzahlung wurde pünktlich geleistet. Nun sind die Arbeiten abgeschlossen und Peter Holzer hat vor sechs Wochen

die Restrechnung mit einer Zahlungsfrist von 30 Tagen versandt. Die Einbauschränke wurden vor drei Monaten und zwei Wochen eingebaut. Die auf Mass gefertigten Möbel (Kommoden, Nachttische, etc.) wurden vor zwei Monaten geliefert. Von anderen Handwerkern hat Peter Holzer gehört, dass sich der Bauherr offenbar in finanziellen Schwierigkeiten befindet. Peter Holzer macht sich nun Sorgen, dass die noch ausstehenden 60% nicht bezahlt werden. Im Gespräch mit den anderen Handwerkern ist einige Male der Begriff „Bauhandwerkerpfandrecht“ gefallen, jedoch hat Peter Holzer nicht verstanden, worum es sich dabei handelt.

- a) Was für ein Vertrag ist zwischen Peter Holzer bzw. der Schreinerei Holzer und dem Bauherrn entstanden?

Es handelt sich um einen Werkvertrag gemäss Art. 363 ff. OR, sowohl für die Einbauschränke als auch für die massgefertigten Möbel.

=> 0.25 Punkt für die korrekte Antwort

- b) In welcher Gesetzesbestimmung ist das Bauhandwerkerpfandrecht geregelt?

Das Bauhandwerkerpfandrecht ist in Art. 837 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB und Art. 839 ZGB geregelt.

=> 0.75 Punkte für die Angabe der Gesetzesbestimmung (eine der beiden Bestimmungen genügt)

- c) Kann Peter Holzer im vorliegenden Fall das gesetzliche Bauhandwerkerpfandrecht noch geltend machen? Beantworten Sie die Frage einmal in Bezug auf die Einbauschränke und einmal in Bezug auf die massgefertigten Möbel. Begründen Sie Ihre Antworten.

Generell

Das Bauhandwerkerpfandrecht ist ein Sicherungsmittel für Forderungen der Handwerker und Unternehmer, die „zu Bauten oder andern Werken auf einem Grundstück Abbrucharbeiten, zum Gerüstbau, zur Baugrubensicherung oder dergleichen Material und Arbeit oder Arbeit allein geliefert“ und damit einen Mehrwert für den Grundeigentümer geschaffen haben (siehe Wortlaut von Art. 837 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB).

Einbauschränke

Es wurde unbestrittenermassen Material und Arbeit i.S.v. Art. 837 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB geliefert, weshalb die Voraussetzungen für das Bauhandwerkerpfandrecht erfüllt sind. Die Frist zur Eintragung gemäss Art. 839 Abs. 2 ZGB wurde vom Gesetzgeber von drei auf vier Monate verlängert (in Kraft seit 1. Januar 2012). Im vorliegenden Fall sind noch keine vier Mo-

nate verstrichen, weshalb das gesetzliche Pfandrecht noch rechtzeitig geltend gemacht werden kann.

Massgefertigte Möbel

Die Erstellung und Lieferung von massgefertigten Möbeln (also Fahrnis) fällt nicht unter diejenigen Leistungen, welche durch das Bauhandwerkerpfandrecht geschützt werden. Folglich kann Peter Holzer für die gelieferten Möbel kein Bauhandwerkerpfandrecht geltend machen.

=> 1.25 Punkte pro korrekte Antwort mit Begründung

Hinweis für die Korrektoren:

Die Angabe einer Gesetzesbestimmung wird nicht verlangt.

Frage 6

(6 Punkte)

Josef und Inga haben vor 35 Jahren geheiratet. Sie haben zwei gemeinsame volljährige Kinder; Antonia und Brigitte. Der gemeinsame Sohn, Carlo, ist vor einem Jahr an einer unheilbaren Krankheit gestorben. Aus einer ausserehelichen Beziehung mit Erika hat Josef noch einen weiteren, ebenfalls volljährigen Sohn (Diego).

Antonia ist ledig und kinderlos. Brigitte ist mit Wolfgang verheiratet und sie haben zwei gemeinsame Töchter; Milena und Marisa. Carlo lebte bis zu seinem Tod im Konkubinat mit Julia, mit welcher er einen Sohn namens Paolo hat. Diego ist mit Xenia verheiratet. Gemeinsam haben sie eine Tochter Christa und in wenigen Monaten wird noch ein gemeinsamer Sohn das Licht der Welt erblicken, zumal Xenia schwanger ist.

Bei einem Verkehrsunfall kommt Josef ums Leben.

- a) Zählen Sie auf, welche Personen Erbenstellung haben. Nur die Namen aufzählen.

Inga, Antonia, Brigitte und Paolo (an Stelle des verstorbenen Carlo) und Diego.

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort Inga

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort drei Kinder und ein Enkelkind

- b) Wie hoch wären die einzelnen Erbquoten für die Erben (bitte geben Sie nur die genauen Quoten in Bruchform und den jeweiligen Namen an)?

Inga: $1/2$

Antonia, Brigitte, Paolo und Diego: je $1/8$ (= $1/2$ geteilt durch 4)

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort Anteil Ehefrau

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort Anteil Kinder

- c) Wie gross wäre die verfügbare Quote? Zeigen Sie den Lösungsweg auf, indem Sie zuerst die jeweiligen Pflichtteile ausrechnen.

*Pflichtteil Inga: $1/2 * 1/2 = 1/4$*

*Pflichtteile Antonia, Brigitte, Paolo und Diego: je $1/8 * 3/4 = 3/32$*

Verfügbare Quote: $1 - 1/4$ (= $8/32$) – $3/32 - 3/32 - 3/32 - 3/32 = 12/32 = 3/8$

=> 0.25 Punkte für Pflichtteil Ehefrau

=> 0.25 Punkte für Pflichtteile Kinder

=> 0.50 Punkte für die verfügbare Quote

Knapp ein Jahr nach dem Unfalltod von Josef unternimmt Antonia eine Kreuzfahrt für Singles. Nach einer Havarie ihres Kreuzfahrtschiffes kommt Antonia im Mittelmeer ums Leben.

- d) Zählen Sie auf, welche Personen Erbenstellung haben. Nur die Namen aufzählen.

Inga und an Stelle des vorverstorbenen Vaters seine Nachkommen, also Brigitte und Paolo (an Stelle des verstorbenen Carlo) und Diego.

=> 0.25 Punkte pro korrekte Antwort, maximal 1.0 Punkte

- e) Wie hoch wären die einzelnen Erbquoten für die Erben (bitte geben Sie nur die genauen Quoten in Bruchform und den jeweiligen Namen an)?

Inga: $1/2$

Brigitte, Paolo und Diego: je $1/6$ (= $1/2$ geteilt durch 3)

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort Anteil Mutter

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort Anteil Geschwister

- f) Wie gross wäre die verfügbare Quote? Zeigen Sie den Lösungsweg auf, indem Sie zuerst die jeweiligen Pflichtteile ausrechnen.

*Pflichtteil Inga: $1/2 * 1/2 = 1/4$*

(Geschwister haben keinen Pflichtteil, siehe Art. 471 ZGB)

Verfügbare Quote: $1 - 1/4 = 3/4$

=> 0.25 Punkte für Pflichtteil Mutter

=> 0.75 Punkte für die verfügbare Quote

Frage 7

(4 Punkte)

Peter Müller will von Brig nach Winterthur ziehen. Er sucht im Internet eine Wohnung und meldet sich für verschiedene Besichtigungstermine an. Anlässlich eines Termins findet er seine Traumwohnung. Da er alle von den Vermietern üblicherweise geforderten Unterlagen vor Ort mitgenommen hat (Auszug aus dem Betreibungsregister, etc.), einigt er sich direkt nach der Besichtigung mit dem Anbieter der Wohnung mündlich über Mietantritt, Mietzins und Nebenkosten. Über weitere Punkte wurde gar nicht gesprochen.

- a) Ein paar Tage nach der Besichtigung, erhält Peter Müller vom Vermieter einen schriftlichen Mietvertrag. Darin wurde eine Kündigungsfrist von sechs Monaten aufgeführt. Peter Müller wendet sich nun an Sie und will wissen, ob er diese Kündigungsfrist akzeptieren muss. Gehen Sie davon aus, dass Peter Müller den Inhalt der mündlichen Vereinbarung beweisen kann. Begründen Sie Ihre Antwort.

Der Abschluss eines Mietvertrages ist formlos zulässig. Mit der Besichtigung der Wohnung und der Einigung über den Mietzins und Mietantritt, besteht Einigung über die wesentlichen Punkte des Mietvertrages (Mietobjekt und Miete). Auch wenn über Nebenpunkte nicht gesprochen wurde, so hindert dies die Gültigkeit des Vertrages nicht (Art. 2 OR); es kommt diesfalls dispositives Recht zu Anwendung.

Peter Müller hat somit auch ohne Unterzeichnung des schriftlichen Vertrages einen gültigen Mietvertrag über die Wohnung. Die nicht geregelten Vertragsbestandteile – wie vorliegend die Kündigungsfrist – ergeben sich in einem solchen Fall aus dem dispositiven Recht (also drei Monate gemäss Art. 266c OR). Er muss also den schriftlichen Vertrag und damit darin enthaltene Kündigungsfrist nicht akzeptieren.

[http://www.mietrecht.ch/fileadmin/files/Newsletter/mp-flash/mp_flash_3_2011.pdf => Seite 3]

=> 0.75 Punkte für korrekte Antwort mit Begründung

Hinweis für die Korrektoren:

Allenfalls sind auch andere Begründungen als korrekt zu werten. Es wird keine Angabe von Gesetzesbestimmungen verlangt.

- b) Peter Müller unterzeichnet den schriftlichen Mietvertrag und schickt ihn an den Vermieter zurück. Die Wohnungsübergabe ist erst in ein paar Monaten vorgesehen. In der Zwischenzeit stöbert Peter Müller aus reiner Neugier weiter im Internet durch den Wohnungsmarkt von Winterthur. Dabei stellt er fest, dass im selben Quartier gleichwertige, wenn nicht sogar besser ausgestattete Wohnungen, rund 20% günstiger angeboten werden. Peter Müller hat das Gefühl, dass der Mietzins für seine Wohnung überteuert ist und will vom Vermieter wissen, wie viel der jetzige Mieter pro Monat bezahlt. Der Vermieter sagt, er könne dies aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht mitteilen. Hat er Recht? Begründen Sie Ihre Antwort und geben Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen an.

Der Mieter hat gemäss Art. 256a Abs. 2 OR Anspruch darauf, den Mietzins des vorangehenden Mietverhältnisses zu verlangen. Der Vermieter hat somit mit seiner Aussage nicht Recht.

=> 0.50 Punkte für korrekte Antwort mit Begründung

=> 0.25 Punkte für die Angabe der Gesetzesbestimmung

- c) Peter Müller fragt den aktuellen Mieter direkt nach dem von ihm bezahlten Mietzins. Peter ist völlig entsetzt, als er erfährt, dass sein Vormieter rund 25% weniger Miete für dieselbe Wohnung bezahlt. Abgesehen von den notwendigen Renovierungsarbeiten sind keine Investitionen in den Ausbaustandard geplant. Im Internet hat Peter Müller etwas über Anfechtung des Mietzinses gelesen, ist aber daraus nicht schlau geworden. Erläutern Sie Peter Müller, unter welchen Voraussetzungen in seinem Fall eine Anfechtung des Mietzinses möglich ist und beurteilen Sie die Erfolgchancen.

*Das Gesetz regelt die Möglichkeit der Anfechtung des Anfangsmietzinses in Art. 270 OR. Der Mieter kann also – trotz Vertragsunterzeichnung – den Anfangsmietzins anfechten, wenn dieser missbräuchlich ist. Die Frist für die Anfechtung beträgt dabei **30 Tage ab Übergabe** des Mietobjekts (Abs. 1). Der Anfangsmietzins kann nur angefochten werden, wenn*

- Peter Müller sich wegen einer **persönlichen oder familiären Notlage** oder wegen der **Verhältnisse auf dem örtlichen Markt für Wohn- und Geschäftsräume** zum Vertragsabschluss gezwungen sah (Abs. 1 lit. a), oder*
- der Vermieter den Anfangsmietzins gegenüber dem früheren **Mietzins für dieselbe Sache erheblich erhöht** hat (Abs. 1 lit. b)*

Erfolgchancen

Die 30-tägige Frist kann eingehalten werden, weil Peter Müller das Mietobjekt noch gar nicht übernommen hat. Die Voraussetzung gemäss lit. a ist gemäss Sachverhalt nicht gegeben, zumal er weiterhin Inserate für freie Wohnungen im Quartier im Internet findet. Der Vermieter erhöht im Verhältnis zum Vormieter den Anfangsmietzins in erheblichem Ausmass (25%). Dies allein reicht jedoch nicht aus, um den Anfangsmietzins erfolgreich anzufechten. Der neue Mietzins muss zudem missbräuchlich im Sinne von Art. 269 OR sein. Die ist unter anderem dann der Fall, wenn der Mietzins nicht quartier- oder ortsüblich ist und nicht durch Kostensteigerungen oder Mehrleistungen des Vermieters erhöht wurde (e contrario aus Art. 269a lit. a und b OR). Die anderen Wohnungen im Quartier mit ähnlichem Ausbaustandard sind rund 20% günstiger als die Wohnung von Peter Müller und beim Mieterwechsel nimmt der Vermieter keine wertsteigernde Investitionen vor, welche allenfalls eine höhere Mietzinsanpassung rechtfertigen würden (z.B. Einbau von bisher nicht vorhandenen Geräten, wie Geschirrspüler, Steamer, Waschmaschine, etc.). Die Erfolgchancen für eine erfolgreiche Anfechtung des Anfangsmietzinses stehen für Peter Müller also nicht schlecht.

=> 0.50 Punkte pro Voraussetzung (30 Tage, Notlage oder erhebliche Erhöhung des Mietzinses), maximal 1.50 Punkte

=> 1.00 Punkte für eine nachvollziehbare Einschätzung der Erfolgchancen mit entsprechender Begründung

Hinweis für die Korrektoren:

Grosszügig korrigieren. Allenfalls sind auch andere Begründungen / Einschätzungen als korrekt zu werten. Zudem hat die Begründung nicht so ausführlich zu sein und es wird nicht die Angabe einer Gesetzesbestimmung verlangt.

Frage 8

(4 Punkte)

Konradin Kurs ist selbständiger Unternehmensberater (Einzelunternehmung). Seinen Wohnsitz hat er in Lausanne, betreibt seine Tätigkeit jedoch ausschliesslich von seinem Büro in Fribourg aus. Einer seiner wichtigeren Kunden, die DiamondsInvest AG, gelangte in finanzielle Schieflage und nach und nach ist ein Organ nach dem andern von seinem Amt zurückgetreten. Mittlerweile hat die Gesellschaft gar keine Organe mehr. Auf Anfrage hin teilt das Handelsregisteramt Konradin Kurs mit, dass es sich an das Gericht gewandt habe und dieses die Auflösung der Gesellschaft angeordnet habe.

- a) Konradin Kurs will von Ihnen wissen, ob der Richter tatsächlich die Auflösung anordnen kann und was das für Folgen hat. Begründen Sie Ihre Antwort indem Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen angeben.

Gestützt auf Art. 731b Abs. 1 Ziff. 3 OR kann der Richter, auf Antrag eines Aktionärs, eines Gläubigers oder des Handelsregisterführers, bei Fehlen der vorgeschriebenen Organe die Gesellschaft auflösen und die Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs anordnen. Mit anderen Worten wird die Gesellschaft liquidiert, wie wenn über sie der Konkurs eröffnet worden wäre. Der Richter kann also nach dem Gesagten die Auflösung anordnen.

=> 1.00 Punkte für die korrekte Antwort mit Angabe der Gesetzesbestimmung

- b) Was würde sich bei Ihrer Antwort auf Frage a) ändern, wenn es sich nicht um die DiamondsInvest AG sondern um die DiamondsInvest GmbH handeln würde?

Bei Mängel in der Organisation einer GmbH kommen gemäss Art. 819 OR die Regeln der AG sinngemäss zur Anwendung (also Art. 819 OR i.V.m. Art. 731b Abs. 1 Ziff. 3 OR). An der Antwort ändert sich mit anderen Worten nichts, ausser der gesetzlichen Grundlage.

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort (keine Gesetzesbestimmung verlangt!)

- c) Aufgrund der Zahlungsausfälle der DiamondsInvest AG kommt auch Konradin Kurs in Zahlungsschwierigkeiten. Unter anderem macht der Grafiker Johannes Peg (mit Wohnsitz und Betrieb in Bern) seit Wochen eine Honorarforderung von CHF 10'000 geltend. Johannes Peg will nicht länger zuwarten und leitet ein Betreibungsverfahren gegen Konradin Kurs ein. Von Ihnen möchte er nun wissen, wo er die Betreibung einleiten muss. Beantworten Sie die Frage von Johannes Peg unter Angabe der massgeblichen Gesetzesbestimmungen.

Die Betreibung ist am Wohnsitz des Schuldners einzureichen (Art. 46 Abs. 1 SchKG). Dies gilt selbst dann, wenn ein Einzelunternehmer sein Geschäft oder eine Betriebsstätte an einem anderen Ort betreibt. Die Betreibung ist folglich in Lausanne einzureichen.

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort

=> 0.50 Punkte für die Gesetzesbestimmung

- d) Konradin Kurs ist sehr enttäuscht über die Betreibung von Johannes Peg, mit welchem er seit fast zehn Jahren zusammenarbeitet. Auch wenn er eigentlich keine Forderung gegenüber Johannes Peg hat, will er sich an ihm rächen und leitet gegen ihn ebenfalls ein Betreibungsverfahren ein. Dies einzig, um Johannes Peg zu schaden. Seine Enttäuschung ist derart gross, dass er gegen ihn eine Betreibung über CHF 1.2 Mio. einleitet. Johannes Peg erhebt Rechtsvorschlag und ist erbost über diese Betreibung. Bisher wurde er noch nie be-

trieben. Im Hinblick auf die Erneuerung seiner Hypotheken und im Geschäftsalltag befürchtet er nun gewisse Nachteile. Johannes Peg kommt zu Ihnen und will wissen, welche Möglichkeiten im vorliegenden Fall bestehen, damit auf seinem Betreibungsregistrauszug die Betreuung von Konradin Kurs nicht mehr ersichtlich ist. Begründen Sie Ihre Antwort und geben Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen an.

Gemäss Art. 8a Abs. 3 SchKG gibt das Betreibungsamt Dritten von einer Betreuung keine Kenntnis, wenn die Betreuung nichtig ist oder aufgrund einer Beschwerde oder eines gerichtlichen Entscheids aufgehoben worden ist (lit. a), der Schuldner mit einer Rückforderungsklage obsiegt hat (lit. b) oder der Gläubiger die Betreuung zurückgezogen hat (lit. c). Die Rückforderungsklage steht noch nicht zur Verfügung, weil Johannes Peg noch nichts bezahlt hat. Nichtig ist die Betreuung auch nicht. Eine Beschwerde gegen die Betreuung würde ebenfalls nichts bringen.

Es bleiben also zwei Möglichkeiten; entweder Johannes Peg kann Konradin Kurs dazu bringen, die Betreuung zurück zu ziehen oder aber er kann einen gerichtlichen Entscheid herbeiführen. Er müsste eine Klage auf Nichtbestand der Schuld einreichen (nicht im SchKG geregelt). Siehe zum Ganzen auch BGE 125 III 149.

=> 0.50 Punkte pro korrekte Antwort, maximal 1.0 Punkte

=> 0.50 Punkte für die Gesetzesbestimmung (Art. 8a Abs. 3 SchKG)

Hinweis für die Korrektoren:

Grosszügig korrigieren. Allenfalls sind auch andere Antworten als korrekt zu werten.

Frage 9

(3.5 Punkte)

Die Bank Money ist eine Aktiengesellschaft mit Sitz in St. Gallen. Die Aktien der Bank (Inhaberaktien) werden an der Börse gehandelt. An der nächsten Generalversammlung wird zum zweiten Mal über den Vergütungsbericht abgestimmt, welcher Grundlage für die Millionensaläre des Verwaltungsrates und des CEO sowie für die Bonuszahlungen an die Kadermitarbeiter bildet. Bereits im letzten Jahr hat diese Abstimmung anlässlich der Generalversammlung zu grossen Diskussionen Anlass gegeben. Der Verwaltungsrat überlegt sich nun Möglichkeiten, wie er vorgehen könnte, um eine Nichtgenehmigung des Vergütungsberichts an der nächsten Generalversammlung zu verhindern. Max Boni, Mitglied des Verwaltungsrates, schlägt vor, die Gesellschaft solle vor der Generalversammlung an der Börse in grösserem Stil eigene Aktien kaufen und das Stimmrecht im Sinne der Anträge des Verwaltungsrates ausüben lassen.

- a) Unter welchen gesetzlichen Voraussetzungen kann die Money AG eigene Aktien erwerben? Zählen Sie alle Voraussetzungen auf und nennen Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen.

Die Voraussetzungen sind in Art. 659 OR geregelt. Für Inhaberaktien gilt einzig Absatz 1. Demnach darf die Aktiengesellschaft eigene Aktien erwerben, wenn:

- *frei verwendbares Eigenkapital in der Höhe der dafür benötigten Mittel vorhanden ist, und*
- *der gesamte Nennwert dieser Aktien zehn Prozent des Aktienkapitals nicht übersteigt.*

=> 0.50 Punkte pro Voraussetzung, maximal 1.0 Punkte

=> 0.50 Punkte für die Gesetzesbestimmung

- b) Beurteilen Sie den Vorschlag von Max Boni, die Gesellschaft sollte das Stimmrecht bei den eigenen Aktien ausüben. Geben Sie auch die massgeblichen Gesetzesbestimmungen an.

Gestützt auf Art. 659a OR ruht das Stimmrecht auf den eigenen Aktien. So gesehen bringt der Vorschlag von Max Boni wenig.

[Man könnte sagen, dass es etwas bringt, wenn man die eigenen Aktien von denjenigen Aktionären kaufen würde, welche dem Vergütungsbericht eher kritisch gegenüber stehen. Deren Nein-Stimmen würden dann bei der Generalversammlung fehlen. Ist aber als Lösungsansatz etwas unrealistisch.]

=> 0.50 Punkte für korrekte Beurteilung

=> 0.50 Punkte für die Gesetzesbestimmung

- c) Angenommen, die Money AG hätte vor 20 Monaten eigene Aktien gekauft. Wird dieser Kauf den Aktionären auf irgendeine Art mitgeteilt? Begründen Sie Ihre Antwort indem Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen angeben.

Gemäss Art. 959 c Abs.2 Ziff. 4+, OR sind die Angaben zum Erwerb, zur Veräusserung und Anzahl der von der Gesellschaft gehaltenen eigenen Aktien im Anhang offenzulegen. Die Aktionäre erhalten damit Kenntnis vom Handel mit den eigenen Aktien.

=> 1.0 Punkte für korrekte Antwort mit Gesetzesbestimmung

Frage 10

(3 Punkte)

Füllen Sie die nachfolgende Tabelle aus:

		Kollektivgesellschaft	GmbH	AG	Genossenschaft
a)	Wie viele Personen braucht es mindestens zur Gründung?	2	1	1	7
b)	Ist der Eintrag im Handelsregister zwingend?	Ja	Ja	Ja	Ja
c)	Ist der Handelsregistereintrag deklaratorisch oder konstitutiv?	Deklaratorisch	Konstitutiv	Konstitutiv	Konstitutiv
d)	Minimaler Kapitaleinsatz zur Gründung (Aktienkapital, Stammanteile, etc.)?	0	20'000	50'000 / 100'000	0
e)	Können die Eigentümer aus dem Handelsregister entnommen werden?	Ja	Ja	Nein	Nein
f)	Besteht eine subsidiäre persönliche Haftung der „Gesellschafter / Eigentümer“?	Ja	Nein	Nein	Nein

=> 0.125 Punkte pro korrekte Antwort, total wird auf das nächste Viertel aufgerundet (z.B. wird 1.125 aufgerundet zu 1.25)

* * * * *

Fach 802 Personaladministration

Lösungsvorschlag Aufgabe 2

Personaladministration

Verfügbare Zeit: 90 Minuten
Maximale Punktzahl: 45.00

Fragenblock 1 (16.00 Punkte)

Aufgabe 1 (16.00 Punkte)

1. Die nachfolgenden Fragen sind jeweils unabhängig voneinander zu betrachten und zu beantworten. Nehmen Sie zu jeder Frage kurz Stellung. Gesetzesartikel müssen nur aufgeführt werden, wenn sie verlangt werden.

- 1.1. Nennen Sie zwei Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit eine AHV-Vollrente ausbezahlt wird? (0.50 Punkte)

- *Volle Beitragsjahre (= keine Beitragslücken) (0.25 Punkte)*
- *Massgebendes Durchschnittseinkommen von CHF 82'080 (0.25 Punkte)*

- 1.2. Was sind sogenannte „Jugendjahre“ und wozu dienen sie? (0.50 Punkte)

- *Als Jugendjahre wird die Zeit vom 1. Januar nach dem 17. Geburtstag und dem 1. Januar vor dem 20. Geburtstags bezeichnet. (0.25 Punkte)*
- *Sie werden der Beitragsdauer angerechnet, wenn Beitragsjahre fehlen. (0.25 Punkte)*

- 1.3. Wann wird ein Zeitabschnitt der „Beitragsdauer“ angerechnet? (0.50 Punkte)

- *Selbst den Mindestbeitrag einbezahlt*
- *Ehepartner hat doppelten Mindestbeitrag einbezahlt*
- *Erziehungs- und Betreuungsgutschriften werden angerechnet*
> alle drei richtig = 0.50 Punkte, eine/zwei richtige Antworten = 0.25 Punkte

- 1.4. Ein Kunde erzählt Ihnen, dass sein langjähriger Mitarbeiter und Vertrauter, Herr Brunner, per Monatsende gekündigt hat. Anstatt dies zu bedauern, zeigt sich der Kunde zufrieden und begründet dies wie folgt: (Total 2.00 Punkte)

- a) Herr Brunner ist Vater von vier Kindern, sein Nachfolger ist ledig und kinderlos. Da der Kunde sonst keine weiteren Mitarbeiter beschäftigt, ist er der Meinung, dass er als Arbeitgeber sich nun die Beiträge an die Familienausgleichskasse (FAK) sparen kann. Stimmt seine Annahme? Begründen Sie Ihre Antwort. (1.00 Punkt)

Nein. Alle Arbeitgebenden, die im Sinne der AHV-Gesetzgebung beitragspflichtig sind, sind auch dem Familienzulagengesetz unterstellt und damit beitragspflichtig. Es besteht keine Befreiungsmöglichkeit. (1.00 Punkt)

- b) Weiter ist der Kunde der Ansicht, Herr Brunner sei durch die vier Kinder und die damit verbundenen Kinderzulagen, die er jeden Monat auszahlen musste, ein teurer Mitarbeiter gewesen. Stimmt diese Überlegung? Begründen Sie Ihre Antwort. (1.00 Punkt)

Nein. Nachdem die Ausgleichskasse den Anspruch bestätigt, schreibt sie die Kinderzulagen dem Arbeitgeber gut (Abzug von der periodischen Abrechnung). Der Arbeitgeber gibt die erhaltenen Kinderzulagen lediglich an den Mitarbeiter weiter. Es entstehen keine Kosten für den Arbeitgeber. (1.00 Punkt)

Kosten für die Administration (Anmeldung, etc.) gelten nicht als Antwort.

- 1.5. Frau Merki ist seit kurzem selbständig erwerbende Floristin und hat gerade eben einen Blumenladen im Zentrum von Aarau eröffnet, wo die Familie auch ihren Wohnsitz hat. Ihr Mann ist als Abteilungsleiter bei einer Bank angestellt und arbeitet in Zürich. Im Zuge der neuen Selbständigkeit hat sich Frau Merki einige Fragen hinsichtlich Familienzulagen für die gemeinsame Tochter gestellt: (Total 2.00 Punkte)

- a) Über welchen Elternteil werden die Familienzulagen bezogen? Nennen Sie den Grund dafür. (0.50 Punkte)

Über die Mutter (0.25 Punkte), da sie im Wohnkanton des Kindes (0.25 Punkte) arbeitet.

- b) In Folge der schlechten Jahresergebnisse seiner Abteilung verliert Herr Merki seinen Posten bei der Bank in Zürich. Da er nicht sofort eine neue Stelle in der Bankenbranche findet, stellt ihn seine Frau kurzfristig als Hilfskraft im Blumenladen ein. Er arbeitet im Teilzeitpensum (40%) und erhält monatlichen Bruttolohn von CHF 1'800. Hat die neue Anstellung von Herrn Merki Einfluss auf den Bezug der Kinderzulagen? Begründen Sie Ihre Antwort. (1.00 Punkt)

Ja. Da nun beide Elternteile im Wohnkanton arbeiten, müssen die Familienzulagen über denjenigen Elternteil bezogen werden, der in einem Anstellungsverhältnis ist und dessen Lohn mind. CHF 585.- pro Monat beträgt. (1.00 Punkt)

- c) Nach einigen Wochen zeigt sich, dass der Verdienst aus dem Blumenladen nicht für den Lebensunterhalt ausreicht und Frau Merki beschliesst, die Öffnungszeiten des Blumenladens auf Donnerstag bis Samstag zu beschränken und dafür eine Teilzeitanstellung (50%) als Dozentin an der Berufsschule in Aarau anzunehmen. Es ist davon auszugehen, dass Frau Merki monatlich rund CHF 3'600 (brutto) aus der Tätigkeit als Dozentin verdienen wird. Ihr Mann bleibt im Blumenladen mit einem Bruttolohn von CHF 1'800 angestellt. Wie verhält es sich nun mit dem Bezug der Familienzulagen? Begründen Sie ihre Antwort. (0.50 Punkte)

Da nun beide Elternteile im Wohnkanton angestellt sind, werden die Familienzulagen über den Arbeitgeber desjenigen Elternteils abgerechnet, der das höhere Einkommen erzielt. In diesem Fall Frau Merki. Das Teilzeitpensum ist nicht relevant, es muss lediglich das Mindesteinkommen von CHF 585.- erreicht werden. (0.50 Punkte)

- 1.6. Frau Timpano, 19 Jahre alt, hat per 1. Januar 2013 eine neue Stelle als Schneiderin angetreten. Im August 2012 hat sie die dreijährige Lehre zur Damenschneiderin abgeschlossen und besuchte in der Zwischenzeit einen Design-Kurs in Mailand. Nachdem Frau Timpano den ersten Lohn am neuen Arbeitsplatz erhalten hat, wundert sie sich über den neuen BVG-Abzug (BVG-Obligatorium), der ihr bisher nicht bekannt war. (Total 2.50 Punkte)

- a) Warum wurde Frau Timpano bis anhin kein Beitrag für die BVG-Prämie abgezogen? Wann hätte sie ein Lohnabzug gehabt? (1.00 Punkt)

Nichterreichen der Eintrittsschwelle (BVG-Minimum = 75% der max. AHV-Rente = CHF 20'880 (Grenzwert 2012)) (0.50 Punkte)

Wenn sie einen Lohn von mind. CHF 20'880 erreicht hätte (und angemeldet gewesen wäre)(0.50 Punkte)

- b) Welche Besonderheit ergibt sich hinsichtlich der Höhe des BVG-Abzugs? (0.50 Punkte)

Der Abzug wird tief sein, da nur das Risiko (Tod, Invalidität) versichert wird. Noch kein Alterssparen. (0.50 Punkte)

- c) Nachdem Frau Timpano einige Jahre als Schneiderin gearbeitet hat, nimmt der BVG-Abzug plötzlich sprunghaft zu, obwohl sie keine Lohnerhöhung erhalten hat. Was ist der Grund dafür? (0.50 Punkte)

Erreichen einer neuen Altersstufe (0.25 Punkte). Ab 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahres werden auch Beiträge für das Alterssparen (7%) abgezogen. (0.25 Punkte)

- d) In welchem Alter wird der BVG-Abzug von Frau Timpano das nächste Mal zunehmen (siehe Frage c), obwohl sie nicht in den Genuss einer Lohnerhöhung gekommen ist? Begründen Sie Ihre Antwort. (0.50 Punkte)

Mit Alter 35 (0.50). Dann erreicht sie eine weitere Altersstufe (25-34, 35-44, 45-54, 55-64) und der BVG-Abzug wird zunehmen.

- 1.7. Herr Müller ist selbständigerwerbender Garagist und führt die Hot Wheels Autogarage in Zürich. Sein Geschäft läuft gut und er stellt zwei neue Mitarbeiter zu je 100% ein. Aufgrund der Vergrößerung des Betriebes und der zusätzlichen Verantwortung für seine Mitarbeiter, beschliesst Herr Müller, einige Fragen zur Personaladministration mit Ihnen zu klären. (Total 3.00 Punkte)

- a) Als Selbständigerwerbender war Herr Müller bis anhin bei einer privaten Versicherung gegen die Risiken eines Unfalls versichert. Wie ist die Unfallversicherung der Mitarbeiter geregelt – kann der Arbeitgeber die Versicherung frei wählen? (1.00 Punkt)

Die Mitarbeiter sind bei der SUVA versichert. Der Betrieb fällt in den Tätigkeitsbereich der SUVA und muss sich unterstellen (Art. 66 UVG). (1.00 Punkt)

- b) Im Gespräch erfahren Sie, dass Frau Müller an den Wochenenden jeweils die Buchhaltung und einen Teil der Administration erledigt. Sie benötigt dafür pro Woche 4 Stunden und erhält eine Entschädigung von brutto CHF 25.-/h. Ist Frau Müller wie die übrigen Mitarbeiter zu versichern, hat sie den gleichen Versicherungsschutz? (1.00 Punkt)

Ja, Sie ist ebenfalls über die SUVA zu versichern. Der Betrieb ist komplett der SUVA unterstellt. Die Art der Tätigkeit (Buchhaltung) hat keinen Einfluss auf die Unterstellungspflicht. (0.50 Punkte)

Nein, Sie ist nur gegen die Risiken eines Berufsunfalles versichert. Da die Arbeitszeit weniger als 8 Stunden pro Woche beträgt, fällt der Schutz gegen die Risiken eines Nichtberufsunfalls weg. (0.50 Punkte)

- c) Herr Müller befürchtet, dass der Versicherungsschutz bis zu einem maximalen Lohn begrenzt ist. Erklären Sie ihm die Situation, geben Sie allfällige Grenzwerte an und zeigen Sie ihm eine Lösung auf. (1.00 Punkt)

Der Lohn ist bis zu einem maximalen Jahreslohn von CHF 126'000 versichert. (0.50 Punkte) Mit einer privaten UVG-Zusatzversicherung kann der Teil des Lohnes versichert werden, der die Grenze von CHF 126'000 überschreitet. (0.50 Punkte)

- 1.8. Frau Wägli, eine gute Bekannte von Ihnen, hat vor einigen Wochen erfahren, dass sie schwanger ist. Kurz darauf hat sie eine neue Arbeitsstelle in einer Werbeagentur angetreten. Ihre neuen Arbeitskolleginnen sagten ihr vor kurzem, dass Schwangerschaften von der Geschäftsleitung nicht gerne gesehen sind. Nun kommt Frau Wägli mit ihren Sorgen zu Ihnen und hat folgende Fragen: (5.00 Punkte)

- a) Frau Wägli „gesteht“ Ihnen, dass sie die Schwangerschaft, beim Vorstellungsgespräch verheimlicht hat. (Total 1.50 Punkte)

1. Hätte Sie die Schwangerschaft dem zukünftigen Arbeitgeber offen kommunizieren müssen? (0.50 Punkte)

Nein. Es besteht keine Auskunftspflicht. (0.50 Punkte)

2. Nachdem Frau Wägli ihren Arbeitgeber über die Schwangerschaft informiert hat, rechnet Sie nun mit der Kündigung des unbefristeten Arbeitsverhältnisses. Welche zwei Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit der Arbeitgeber durch eine allfällige Kündigung nicht schadensersatzpflichtig würde? (1.00 Punkt)

Die Kündigung ist nur rechters, wenn sich Frau Wägli noch in der Probezeit befindet (0.50 Punkte) oder eine fristlose Entlassung aus wichtigen Gründen (0.50) gerechtfertigt werden kann.

- b) Einen Monat vor der Niederkunft wird Frau Wägli zu 50% arbeitsunfähig. Der Arbeitgeber ist für diesen Fall nicht speziell versichert.

1. Hat Frau Wägli Anspruch auf Lohnersatz? Wenn ja, wie lange? (1.00 Punkt)

Ja. Die Lohnfortzahlungspflicht (aufgrund unverschuldeter Arbeitsverhinderung) dauert 3 Wochen (im ersten Dienstjahr) (1.00 Punkte). (Gesetzliche Regelung)

2. Welche Versicherung würde den Arbeitgeber im Falle einer Lohnfortzahlungspflicht (siehe 1) entlasten? (0.50 Punkte)

Krankentaggeldversicherung (0.50)

3. Der Arbeitgeber möchte Frau Wägli aufgrund der vorgeburtlichen Arbeitsunfähigkeit nun den Mutterschafturlaub kürzen. Ist dies zulässig? Wenn ja, wie hoch wäre die Kürzung? (0.50 Punkte)

Eine Kürzung ist nicht zulässig. (Gesetz 16 Wo., MSE 14 Wo.)(0.50 Punkte)

- c) Frau Wägli möchte wissen, wie hoch die Mutterschaftsentschädigung (MSE) sein wird (unter Annahme, dass alle Voraussetzungen zum Bezug der MSE erfüllt sind). Berechnen Sie die Höhe der einzelnen Taggelder mit Hilfe der folgenden Angaben: (Berechnung aufzeigen, auf 5 Rp. runden) (1.50 Punkte)

Jahresbruttolohn:	CHF	88'800
Pauschalspesen:	CHF	2'400

*Monatslohn : $30 \times 80\% = \text{Taggeld}$
CHF 7'400 : $30 \times 80\% = 197.30$*

Achtung: Maximales Taggeld plafoniert auf CHF 196.00.

Das Taggeld beträgt CHF 196 für Frau Wägli.

Divisor 30 = 0.50 Punkte

Faktor 0.8 = 0.50 Punkte

Plafond CHF 196 = 0.50 Punkte /Antwort CHF 196 = 0.50 Punkte

Fragenblock 2 (16.00 Punkte)**Aufgabe 2****(16.00 Punkte)**

2.1 Herr Bleiker ist seit rund zwei Jahren als selbständiger Berater (Einzelfirma) im Bereich Photovoltaik tätig. Bisher beschäftigte Herr Bleiker keine Mitarbeiter, da er nun einen grossen Beratungsauftrag erhalten hat, benötigt er einen zusätzlichen Berater. Ab 1. September 2013 erhält er Unterstützung durch seinen ehemaligen Studienkollegen, den 30-jährigen Joel Stillhart (Schweizer Bürger).

Infolge der Anstellung von Herrn Stillhart, stellt sich Herr Bleiker einige Fragen und er tritt mit folgenden Informationen an Sie:

Angaben zum Lohn:

Bruttolohn	CHF 6'800 pro Monat (13 x pro Jahr)
13. Monatslohn	wird jeweils im Dezember ausbezahlt
Pauschalspesen	CHF 300 pro Monat (12 x pro Jahr)
Kinderzulagen	CHF 500 pro Monat (für zwei Kinder)

Angaben zu den Sozialversicherungen:

Familienausgleichskassen-Beitragssatz:	1.90%
AHV-Verwaltungskosten-Beitragssatz:	4.00%
Pensionskassen-Sparbeitrag:	gem. BVG
Pensionskassen-Risikobeitragssatz:	2.00 %
Aufteilung Prämie	50% AN, 50% AG
Total Prämiensatz Berufsunfallversicherung:	0.25 %
Total Prämiensatz Nichtberufsunfallversicherung:	1.20 %
Total Prämiensatz Krankentaggeldversicherung:	1.00 %

Zusätzliche Angaben:

Herr Bleiker möchte als Arbeitgeber einen möglichst hohen Anteil der Sozialversicherungsbeiträge auf den Arbeitnehmer abwälzen.

- a) Berechnen Sie den monatlichen BVG-Abzug für den neuen Angestellten.
Zeigen Sie den Rechnungsweg und allfällige Zwischenresultate auf.
Es werden die einzelnen Schritte des Lösungswegs detailliert bewertet! (3.50 Punkte)

<i>Brutto-Jahreslohn (13 x Fr. 6'800.00)</i>		<i>Fr.</i>	<i>88'400.00</i>	
<i>BVG max. anrechenbarer Lohn</i>		<i>Fr.</i>	<i>84'240.00</i>	
<i>abzüglich Koordinationsabzug</i>		<i>Fr.</i>	<i><u>24'570.00-</u></i>	<i>0.50</i>
<i>BVG max. koordinierter Lohn</i>		<i>Fr.</i>	<i>59'670.00</i>	<i>0.50</i>
<i>Pensionskassen-Risikoabzugsbeitrag</i>	<i>2.00%</i>	<i>Fr.</i>	<i>1'193.40</i>	<i>0.50</i>
<i>Pensionskassen-Sparbeitrag</i>	<i>7.00%</i>	<i>Fr.</i>	<i><u>4'176.90</u></i>	<i>0.50</i>
<i>Total Jahresabzug BVG AN und AG</i>		<i>Fr.</i>	<i>5'370.30</i>	<i>0.50</i>
<i>Jahresbeitragsabzug BVG AN und AG</i>		<i>Fr.</i>	<i>5'370.30</i>	
<i>Jahresprämie Arbeitgeber (50%)</i>		<i>Fr.</i>	<i>2'685.15</i>	
<i>Jahresprämie Arbeitnehmer</i>	<i>50%</i>	<i>Fr.</i>	<i>2'685.15</i>	<i>0.50</i>
<i>Monatlicher Anteil Arbeitnehmer</i>	<i>1/12</i>	<i>Fr.</i>	<i>223.75</i>	<i>0.50</i>

- b) Erstellen Sie für den neuen Angestellten die Lohnabrechnung für den ersten Monat (September 2013). Alle Positionen sind separat auszuweisen.
Es werden die einzelnen Schritte des Lösungswegs detailliert bewertet! (4.50 Punkte)

<i>Monatslohn September 2013</i>		<i>Fr.</i>	<i>6'800.00</i>	
<i>Abrechnungspflichtiger Bruttolohn</i>		<i>Fr.</i>	<i>6'800.00</i>	
<i>5,15% AHV auf Bruttolohn Fr. 6'800.00</i>		<i>Fr.</i>	<i>350.20-</i>	<i>0.50</i>
<i>1,10% ALV auf Bruttolohn Fr. 6'800.00</i>		<i>Fr.</i>	<i>74.80-</i>	<i>0.50</i>
<i>1,20% NBU auf Bruttolohn Fr. 6'800.00</i>		<i>Fr.</i>	<i>81.60-</i>	<i>0.50</i>
<i>0,50% KTG auf Bruttolohn Fr. 6'800.00</i>		<i>Fr.</i>	<i>34.00-</i>	<i>0.50</i>
<i>BVG-Abzug, gemäss vorgängiger Berechnung</i>		<i>Fr.</i>	<i><u>223.75-</u></i>	<i>0.50</i>
<i>Total Abzüge</i>		<i>Fr.</i>	<i>764.35-</i>	<i>0.50</i>
<i>Pauschalspesen pro Monat September 2013</i>		<i>Fr.</i>	<i>300.00</i>	<i>0.50</i>
<i>Kinderzulagen pro Monat September 2013</i>		<i>Fr.</i>	<i><u>500.00</u></i>	<i>0.50</i>
<i>Total Zulagen</i>		<i>Fr.</i>	<i>800.00</i>	
<i>Nettolohn (Auszahlungsbetrag)</i>		<i>Fr.</i>	<i>6'835.65</i>	<i>0.50</i>

- c) Unter der Annahme, dass Herr Bleiker unter gleichen Konditionen im Stundenlohn angestellt wäre, wie viel würde sein Stundenlohn (exkl. Ferien-/Feiertagsentschädigung und 13. MI) betragen?
Zeigen Sie den Rechnungsweg auf, runden Sie das Resultat auf 5 Rp. genau. (2.00 Punkte)

Folgende Informationen stehen Ihnen zur Verfügung:

Effektive Arbeitsstunden	193.9 h
Ferienentschädigung	(4 Wochen)
Feiertagsentschädigung	3 %

CHF 6'800 : 193.90 = 35.0696235 (35.07) → 0.50 für Basis 6'800
35.0696235: (100+8.33+3) = 31.50 → 0.50 für 8.33% → 0.50 für richtiges Ergebnis

2.2 Der Auszubildende in Ihrem Betrieb kommt mit einigen personaltechnischen Fragen zu Ihnen, die er gerne geklärt haben möchte. Er hat bereits eine Tabelle vorbereitet, die Sie lediglich mit

„J“= Ja (abrechnungspflichtig) oder „N“= Nein (nicht abrechnungspflichtig) ausfüllen sollen.

(6.00 Punkte; nur vollständig ausgefüllte Zeilen werden bewertet)

(> pro Zeile 0.75 Punkte)

Auszahlungstatbestand	Betrag	AHV	ALV	BU	NBU	KTG
EO-Entschädigung Militär bei 100% Lohnfortzahlung	CHF 1'620	J	J	N	N	J
Dienstaltersgeschenk für 10 Jahre (Bankauszahlung)	CHF 2'500	J	J	J	J	J
Geburtstagspräsent zum 30. Geburtstag (Gutschein)	CHF 200	N	N	N	N	N
Krankentaggeld bei 100% Lohnfortzahlung	CHF 1'800	N	N	N	N	N
Unfalltaggeld SUVA bei 100% Lohnfortzahlung	CHF 1'740	N	N	N	N	N
Kilometerentschädigung für Geschäftsfahrten (eff. 480km)	CHF 336	N	N	N	N	N
Jahreslohn für 67-jährigen Aushilfsarbeiter, Wochenarbeitszeit 5 Stunden	CHF 12'000	N	N	J	N	J
Firmengeschenk anlässlich bestandener Treuhandprüfung (Barauszahlung)	CHF 1'000	J	J	J	J	J

Fragenblock 3 (5.50 Punkte)**Aufgabe 3****(5.50 Punkte)**

3.1 Herr Hugi trat vor kurzem eine neue Arbeitsstelle bei der Clean Energy AG an. Da er für ein konkretes Projekt mit vorgegebenem Zeitrahmen eingestellt wurde, ist ihm nur ein befristeter Arbeitsvertrag (8 Monate) angeboten worden. Bei der Durchsicht des Vertrags fällt Herrn Hugi auf, dass gar keine Probezeit vereinbart wird.

- a) Welche Voraussetzungen müssen für die Gültigkeit der Probezeit in einem befristeten Arbeitsvertrag erfüllt sein? (1.00 Punkt)

*Die Probezeit muss **schriftlich** (0.50 Punkte) vereinbart werden und darf höchstens **Drei Monate** (0.50 Punkte) betragen.*

- b) Nachdem das befristete Arbeitsverhältnis von Herrn Hugi am 30.4. abgelaufen ist, erscheint er in gegenseitigem Einverständnis mit seinem Vorgesetzten im Mai weiterhin zur Arbeit und setzt seine bisherige Tätigkeit fort (es wurde nichts schriftlich vereinbart).

Welches Arbeitsverhältnis liegt nun vor? Gesetzesartikel angeben. (1.00 Punkt)

*Das vormalig befristete Arbeitsverhältnis wurde durch die Weiterführung der Tätigkeit nach Ablauf der vorbestimmten Dauer zu einem **unbefristeten Arbeitsverhältnis** (0.50 Punkte). **OR Art. 334, Abs. 2.** (0.50 Punkte)*

- c) Am 8. Juni 2013 erhält Herr Hugi ein interessantes Angebot bei einem Konkurrenzunternehmen der Energie AG und möchte die Arbeitsstelle bei der Energie AG kündigen.

Auf welches Datum kann Herr Hugi frühestens kündigen? Gesetzesartikel angeben. (1.50 Punkte)

*Kündigungsfrist = 1 Monat im ersten Dienstjahr, auf das Ende eines Monats, **Art. 335c, Abs. 1.** Frühestes Datum = **31.7.2013** (1 Punkt) für richtiges Datum, 0.50 Punkte für richtigen Gesetzesartikel)*

- d) Herr Hugi lehnt das anderweitige Angebot ab und kündigt die Arbeitsstelle bei der Clean Energy AG nicht. Sein Vorgesetzter hat in der Zwischenzeit jedoch von den Gesprächen zwischen Herrn Hugi und dem Konkurrenzunternehmen erfahren und spricht Herrn Hugi die Kündigung auf den 30.9.2013 aus. Am 22.9.2013 erleidet Herr Hugi eine Lungenentzündung und liegt 3 Wochen zuhause. Welchen Einfluss hat die Krankheit auf die Kündigungsfrist? (1.00 Punkt)

*Die Kündigungsfrist steht still und verlängert sich um drei Wochen – Kündigung erst auf Ende des nächsten Monats, also **31.10.2013***

- e) Was sollte Herr Hugi sicherstellen, bevor er beim Konkurrenzunternehmen die neue Arbeitsstelle antritt? (1.00 Punkt)

*Dass sein letzter Arbeitsvertrag kein **Konkurrenzverbot** beinhaltete. (1.00 Punkte)*

Frageblock 4 (7.5 Punkte)**Aufgabe 4****(7.5 Punkte)**

4.1 Als Leiter/in der Personalabteilung in einem KMU sind Sie auch für die Einarbeitung neuer Mitarbeiter in der Personaladministration verantwortlich. Herr Vonlanthen, Ihr neuer Assistent, hat einige Fragen an Sie:

- f) Wie lange müssen die Daten (Lohnausweise, Lohnabrechnungen, Verträge, etc.) aufbewahrt werden? Nennen Sie den entsprechenden Gesetzesartikel. (1 Punkt)

10 Jahre. OR Art. 958f

- g) Ein Mitarbeiter hat kürzlich einen Antrag zum Abschluss eines Kreditkartenvertrages eingereicht. Nun meldet sich die Kreditkartenanbieterin (eine Bank) bei Ihnen und möchte eine Auskunft über die Höhe des Lohnes des beantragenden Mitarbeiters. Welche Voraussetzung muss erfüllt sein, damit Sie der Kreditkartenanbieterin die gewünschte Information erteilen dürfen? (1 Punkt)

Der betroffene Mitarbeiter muss seine Zustimmung für die Weitergabe der Daten/Informationen erteilt haben.

- h) Wem müssen Informationen über Mitarbeitende in jedem Fall weitergegeben werden? (1 Punkt)

Amtstellen sowie Organe der Sozialversicherung oder der (Fremden-)Polizei. Informationen an diese Stellen müssen i.d.R. kraft gesetzlicher Verpflichtungen weitergegeben werden.

- i) Im Zusammenhang mit der Anstellung eines neuen IT-Spezialisten aus den USA mussten für die Erteilung der Arbeitsbewilligung einige Nachweise (u.a. Rechnungen für Inse-
rate sowie eine Bestätigung des RAV) erbracht werden. Welche Voraussetzung muss erfüllt sein, dass Ihr amerikanischer Mitarbeiter eine Arbeitsbewilligung erhält und wie nennt sich diesen „Prinzip“? (1.50 Punkte)

*Es muss der Nachweis erbracht werden, dass trotz Suchbemühungen (Inserate, Stellenausschreibung, Bekanntgabe der Stelle ans RAV) weder im Inland, noch in den Europäischen Staaten eine geeignete Arbeitskraft gefunden werden konnte.
Das Prinzip nennt sich „Inländervorrang“*

- j) Vor Kurzem wurde ein neuer Programmierer aus Deutschland eingestellt. Er arbeitet in Zurzach (CH) und wohnt in Waldshut (DE). Welchen zusätzlichen Lohnabzug muss der deutsche Programmierer gegenüber seinen Schweizer Arbeitskollegen akzeptieren? (1 Punkt)

Quellensteuerabzug

- k) Wie nennt man Personen, die in der Schweiz arbeiten, aber jeden Tag an ihren Wohnsitz nach Deutschland zurückkehren? (1 Punkt)

Grenzgänger

- l) Welcher Tarif kann diesen Personen hinsichtlich Lohnabzug zugewiesen werden (Geben Sie einen Prozentsatz an)? (1 Punkt)

4.5%

**Fach 803 Betriebliches
Rechnungswesen**

**Lösungsvorschlag
Aufgabe 3**

Betriebliches Rechnungswesen

Allgemeine Hinweise zur Prüfungsaufgabe

Die Prüfung besteht aus drei Teilaufgaben. Teilaufgabe 1 und 2 sind inhaltlich aufeinander abgestimmt, Teilaufgabe 3 kann unabhängig gelöst werden. Für alle Berechnungen gelten die kaufmännischen Rundungsregeln, spezifische Instruktionen sind zu beachten. Prozentsätze sind auf 1 Kommastelle zu runden.

Einleitung zu Teilaufgaben 1 und 2

"Wir erfüllen Gartenträume!"

Dies ist der Leitsatz des Unternehmens **Hediger Gartenbau AG**. Das Unternehmen bietet Dienstleistungen von der Planung über die Ausführung bis zur Pflege von Gartenanlagen an und hat sich damit einen guten Namen geschaffen.

Im vergangenen Jahr wurde erstmals eine neue Sparte lanciert: Herstellung und Verkauf von Gartenmöbeln aus einheimischen Harthölzern.



Hediger Gartenbau AG lässt sich regelmässig eine Betriebsabrechnung nach Verfahren Normalkosten erstellen. Für das Geschäftsjahr 20_3 liegen die Abrechnungsdaten vor und sind in einem Betriebsabrechnungsbogen teilweise bereits eingetragen worden. Für die Betriebsabrechnung gelten die folgenden Kostensätze:

- Kostenstelle Materialwirtschaft: 10% der Einzelmaterialekosten
- Kostenstelle Projektleitung: CHF 100.00 Stundensatz
- Kostenstelle Bau-Equipe: CHF 80.00 Stundensatz
- Kostenstelle Verkauf & Verwaltung: 15% der Herstellkosten

Die Finanzbuchhaltung bewertet Bestände an Einzelmaterial oder angefangenen Arbeiten (Gartenbau) konsequent nur zu 2/3 des betriebswirtschaftlichen Werts.

Teilaufgabe 1 - Betriebsabrechnung und Absatz-Erfolgsrechnung (23 Punkte)

Ihre Aufgaben:

1. Vervollständigen Sie den BAB auf Seite A3 (12 Punkte). Stellen Sie die Werte in TCHF auf eine Kommastelle dar. Weitere Hinweise zur Betriebsabrechnung finden Sie auf Seite A2.
2. Erstellen Sie eine Absatz-Erfolgsrechnung auf Seite A4 (8 Punkte). Stellen Sie die Werte in TCHF auf eine Kommastelle dar.
3. Nehmen Sie auf Seite A5 zu drei Fragen Stellung, die sich auf die Betriebsabrechnung beziehen (3 Punkte).

Hinweise zur Erstellung der Betriebsabrechnung

1. Die Einzelmaterialkosten der Betriebsbuchhaltung enthalten eine Bestandesabnahme, die mit 48 TCHF bewertet ist.
2. Eine Occasionsmaschine im Wert von 5 TCHF wurde in der Finanzbuchhaltung direkt in den diversen Betriebsaufwand gebucht. Für die Betriebsbuchhaltung wurde die Maschine jedoch aktiviert.
3. Die Finanzbuchhaltung hat auf den Abschreibungen stille Reserven von 15 TCHF gebildet.
4. Die Differenzbeträge bei den Gemeinkostenarten sind der Kostenstelle Verkauf & Verwaltung zuzuordnen.
5. Die Kostenstellen sind sinngemäss abzurechnen. Die Kostenstelle Projektleitung ist nur für den Kostenträger "Gartenbau" tätig und hat 7'840 Stunden abgerechnet. Die Kostenstelle Bau-Equipe hat 20'900 Stunden für Gartenbau und 420 Stunden für Gartenmöbel geleistet.
6. Die Herstellkosten verkaufter Gartenbau-Projekte betragen 4'844 TCHF. Eine mögliche Bestandesänderung an Projekten in Arbeit ist vollständig zu verbuchen.
7. Bei den Gartenmöbeln sind keinerlei Bestandesänderungen zu berücksichtigen.

Aufgabe 1.1 Betriebsabrechnungsbogen

(12 Punkte)

12.00

Hediger Gartenbau AG Betriebsabrechnung 20_3 / Werte in TCHF

Bezeichnung	Fibu	Sachliche Abgrenzung	Bebu	Materialwirtschaft	Projekt-Leitung	Bau-Equipe	Verkauf & Verwaltung	Verkauf Gartenbau	Verkauf Gartenmöbel
Einzelmaterial	2'336.0	16.0	2'352.0					2'340.0	12.0
Personalaufwand	2'770.0		2'770.0	183.0	650.0	1'370.0	567.0		
Div. Betriebsaufwand	562.0	-5.0	557.0	42.0	102.0	280.0	133.0		
Abschreibungen	152.0	-15.0	137.0	12.0	25.0	80.0	20.0		
Zinsen	17.0	10.0	27.0	3.0	5.0	15.0	4.0		
Subtotal	5'837.0	6.0	5'843.0	240.0	782.0	1'745.0	724.0	2'340.0	12.0
Abrechnung Mat.wirtschaft				-235.2				234.0	1.2
Abrechnung Projektleitung					-784.0			784.0	
Abrechnung Bau-Equipe						-1'705.6		1'672.0	33.6
Herstellkosten Produktion								5'030.0	46.8
Bestandesänderung								-186.0	-
Herstellkosten Verkauf								4'844.0	46.8
Abrechnung Verkauf & Verwaltung							-733.6	726.6	7.0
Selbstkosten								5'570.6	53.8
Verkaufserlöse	-5'929.2		-5'929.2					-5'878.0	-51.2
Deckungsdifferenzen				4.8	-2.0	39.4	-9.6		
Betriebsergebnis	-216.2	-56.0	-272.2					-307.4	2.6

1.00
0.25
0.75
0.75
0.75

1.00
0.50
1.00
0.50
3.00
0.50

1.00

1.00

Aufgabe 1.2. Absatz-Erfolgsrechnung 20_3, Werte in TCHF

(8 Punkte)

Die Berichtszeilen der Erfolgsrechnung sind korrekt zu bezeichnen.

Absatz-Erfolgsrechnung	Gartenbau	Garten Möbel	Total	8.0
Verkaufserlöse	-5'878.0	-51.2	-5'929.2	
Kalk. Herstellkosten Verkauf	4'844.0	46.8	4'890.8	1.0
= Kalk. Ergebnis nach HK	-1'034.0	-4.4	-1'038.4	1.0
Kalk. VVGK	726.6	7.0	733.6	1.0
= Kalk. Betriebsergebnis	-307.4	2.6	-304.8	0.5
UD Materialwirtschaft			4.8	0.5
ÜD Projektleitung			-2.0	0.5
UD Bau-Equipe			39.4	0.5
ÜD Verkauf & Verwaltung			-9.6	0.5
= Betriebsergebnis Bebu			-272.2	
SA Einzelmaterial			-16.0	0.5
SA Div. Betriebsaufwand			5.0	0.5
SA Abschreibungen			15.0	0.5
SA Zinsen			-10.0	0.5
SA Bestandesänderung			62.0	0.5
= Ergebnis Fibu			-216.2	

Aufgabe 1.3 Fragen zur Betriebsabrechnung

(3 Punkte)

Bewerten Sie die nachstehenden Aussagen mit "richtig" oder "falsch" und geben Sie eine kurze Begründung für Ihre Wahl.

Aussage:	Richtig? Falsch?
Der Start der neuen Sparte "Gartenmöbel" hat sich schon im ersten Jahr finanziell gelohnt.	Falsch (0.5 P)
Begründung: <i>Die Sparte weist einen Betriebsverlust von 2.6 TCHF aus.</i> (0.5 P)	
Wenn die Kostenstelle "Bau-Equipe" weniger Stunden rapportiert hätte, wäre die ausgewiesene Überdeckung höher ausgefallen.	Falsch (0.5 P)
Begründung: <i>Kostenstelle "Bau-Equipe" weist eine Unterdeckung auf. Die Unterdeckung hätte sich erhöht, wenn weniger Stunden rapportiert worden wären.</i> (0.5 P)	
Die Bruttogewinn-Marge in der Sparte "Gartenbau" beträgt knapp 18%.	Richtig (0.5 P)
Begründung: <i>Der kalkulatorische Bruttogewinn beträgt 17,6% vom Verkaufserlös</i> (0.5 P)	

Teilaufgabe 2 - Nachkalkulation Sparte Gartenmöbel**(12 Punkte)**

Die Sparte "Gartenmöbel" ist in der Betriebsabrechnung nur summarisch dargestellt worden. Eine detailliertere Nachkalkulation soll Aufschluss über die Rentabilität der drei Artikel Stühle, Tische und Liegen geben. Diesem Zweck dienen die nachstehende Tabelle sowie zusätzliche Hinweise.

- Die unterschiedlichen Einzelmateriale-Anteile pro Artikel sind mit Äquivalenz-Ziffern dargestellt.
- Die Bearbeitungszeit pro Artikel (durch die Bau-Equipe ausgeführt) ist bei Tischen um 60% höher als bei Stühlen. Bei Liegen ist die Bearbeitungszeit pro Artikel um 40% höher als bei Stühlen.
- Für Materialwirtschaft und VVGK können die gleichen Zuschlagssätze verwendet werden, wie in der Einleitung zu den Teilaufgaben 1 und 2 aufgeführt.

Ihre Aufgaben

- Erstellen Sie die Nachkalkulation für die drei Artikel Stühle, Tische und Liegen. Die Werte sind in ganzen CHF darzustellen. Weisen Sie die Herstellkosten pro Artikel in CHF auf zwei Kommastellen aus.
- Nehmen Sie zu einer Anschlussfrage Stellung.

Aufgabe 2.1 Nachkalkulation**(10.5 Punkte)**

Nachkalkulation Gartenmöbel	Stühle	Tische	Liegen	Total	
Anzahl verkaufte Produkte	120	40	40		
Ä-Ziffer Einzelmateriale	1	2.5	2		
Ä-Ziffer Bau-Equipe	1	1.6	1.4		1.0
Gewichtet Einzelmateriale	120	100	80	300	1.5
Gewichtet Bau-Equipe	120	64	56	240	1.5
Einzelmateriale	4'800	4'000	3'200	12'000	1.0
Materialwirtschaft	480	400	320	1'200	1.0
Bau-Equipe	16'800	8'960	7'840	33'600	1.5
Herstellkosten	22'080	13'360	11'360	46'800	
VVGK	3'312	2'004	1'704	7'020	1.0
Selbstkosten	25'392	15'364	13'064	53'820	1.0
Herstellkosten pro Stück	184.00	334.00	284.00		1.0
Verkaufspreis pro Stück	170.00	450.00	320.00		
Umsatz in CHF	20'400	18'000	12'800	51'200	

Aufgabe 2.2 Anschlussfrage zur Nachkalkulation**(1.5 Punkte)**

Bei welchem der drei Artikel sehen Sie den dringendsten Handlungsbedarf? Begründen Sie Ihre Antwort.

Bei den Stühlen besteht der grösste Handlungsbedarf:

- *Die Herstellkosten pro Stück liegen über dem Verkaufspreis, was bei den zwei anderen Produkten nicht der Fall ist.*
- *Die gesamten Selbstkosten bei den Stühlen liegen erheblich über dem Verkaufserlös*

Angemessene Antwort mit Begründung: 1.5 P

Teilaufgabe 3 - Analysen und Entscheidungen

(10 Punkte)

Hediger Gartenbau wird das Angebotsspektrum mit dem Verkauf von Terracotta-Töpfen erweitern. Sie werden verschiedene Entscheidungen mit Ihren Berechnungen unterstützen.

Aufgabe 3.1 Umsatzziele

(2.5 Punkte)

Hediger Gartenbau AG rechnet mit folgenden Kalkulationsgrössen:

- Variable Kosten in Prozent der Verkaufserlöse: 55%
- Fixkosten: CHF 186'000

Bei welchem Umsatz (in ganzen CHF) wird die Nutzschwelle erreicht?

<i>Fixkosten</i>	<i>186'000</i>	
<i>Umsatz für Nutzschwelle bei 45% Deckungsgrad</i>	<i>413'333</i>	<i>1.0 P</i>

Das Geschäft mit den Terracotta-Töpfen soll mindestens eine Umsatzrendite von 5% abwerfen.

Bei welchem Umsatz (in ganzen CHF) wird dieses Renditeziel erreicht?

<i>Umsatz</i>	<i>100%</i>	<i>465'000</i>	<i>0.5 P</i>
<i>Variable Kosten</i>	<i>55%</i>	<i>-255'750</i>	
<i>DB</i>	<i>45%</i>	<i>209'250</i>	
<i>Fixkosten</i>	<i>40%</i>	<i>-186'000</i>	<i>1.0 P</i>
<i>Gewinn</i>	<i>5%</i>	<i>23'250</i>	

Aufgabe 3.2 Mengenmässige Nutzwelken**(2.5 Punkte)**

Hediger Gartenbau AG wird mit den zwei Produkten "Vernazza" und "Siena" starten. Dazu finden Sie die folgenden Angaben sowie den Hinweis, dass die Fixkosten gemäss Punkt 3.1 je hälftig den beiden Produkten zugeordnet werden sollen.

Produkte:	Vernazza	Siena
Variable Kosten in CHF	77.00	110.00
Verkaufspreis in CHF	140.00	200.00

Bei welcher Stückzahl (auf nächste ganze Zahl aufrunden) erreichen die beiden Produkte die Nutzwelke?

Produkte:	Vernazza	Siena	
Deckungsbeitrag	63.00	90.00	1.0 P
Zugeordnete Fixkosten	93'000	93'000.00	0.5 P
Stückzahl für Nutzwelke	1'476.2	1'033.3	
Stückzahl aufgerundet	1'477	1'034	1.0 P

Aufgabe 3.3 Entscheide bei Kapazitätsüberlegungen**(5 Punkte)**

Das führende regionale Gartencenter Müller & Söhne organisiert jedes Jahr einen Anlass zur Saisonöffnung ("Gartenfrühling bei Müller"). Dieser Event ist von den Hobby-Gärtnerinnen und -Gärtnern jeweils ausserordentlich gut frequentiert und bietet entsprechend hervorragende Absatzmöglichkeiten. Für den kommenden "Gartenfrühling bei Müller" erhält die Hediger Gartenbau AG das Angebot, während zwei Tagen **180 m² Verkaufsfläche** bei Müller & Söhne zu mieten. Hediger Gartenbau AG will diese Gelegenheit nutzen und Terracotta-Töpfe zum Verkauf anbieten. Dabei soll die verfügbare Fläche optimal genutzt werden. Das Produkt "Vernazza" beansprucht 0.5 m² Verkaufsfläche pro Stück, das Produkt Siena beansprucht 0.9 m² Verkaufsfläche pro Stück. Für Preise und Kosten gelten die Angaben unter Punkt 3.2.

Welches der beiden Produkte müsste Hediger Gartenbau AG im Verkauf favorisieren, wenn ein möglichst hoher Deckungsbeitrag erzielt werden soll und von einer hohen Nachfrage ausgegangen wird? Begründen Sie Ihre Antwort mit Fakten.

Produkte:	Vernazza	Siena	
Beanspruchte Verkaufsfläche	0.5 m ²	0.9 m ²	
DB pro m2	126.00	100.00	
<ul style="list-style-type: none"> • Produkt "Vernazza" müsste favorisiert werden 0.5 P • Grund: höherer DB pro m² Verkaufsfläche 0.5 P • Fakten: DB pro m² beträgt 126 CHF (Siena: 100 CHF) 1.0 P 			

Hediger Gartenbau AG geht davon aus, dass die verfügbare Verkaufsfläche während der zwei Tage insgesamt drei Mal vollständig umgeschlagen werden kann. Das heisst: Die Verkaufsfläche kann drei Mal vollständig mit den gewählten Produkten bestückt werden, die dann auch vollständig verkauft werden können.

Welche gesamten Deckungsbeiträge würden sich in den zwei Tagen ergeben, wenn

- a) nur Produkt "Vernazza" angeboten würde?
- b) nur Produkt "Siena" angeboten würde?

Ihre Berechnungen müssen nachvollziehbar sein, Resultat in ganzen CHF darstellen.

Verfügbare Fläche *180 m²*

<i>Produkte:</i>	<i>Vernazza</i>	<i>Siena</i>	
<i>Verkaufskapazität Anzahl Töpfe</i>	<i>360</i>	<i>200</i>	
<i>Umschlag</i>	<i>3</i>	<i>3</i>	
<i>Verkaufspotenzial Töpfe</i>	<i>1'080</i>	<i>600</i>	<i>1.0 P</i>
<i>Erzielter DB</i>	<i>68'040</i>	<i>54'000</i>	<i>2.0 P</i>